

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 10. Oktober 1919, Nr. 404.

Die Einschränkungen im Strassenbahnverkehr. Ab Sonntag den 12. Oktober treten nachstehende Beschränkungen im Strassenbahnverkehr in Kraft: Etwa 100 Haltestellen werden aufgelassen. An Wochentagen verkehren die ersten Züge ab Ring zwischen 6 und 1/4 7 Uhr früh und die letzten Züge ab Ring um 1/2 9 Uhr abends nach den Aussenstationen. An Sonn- und Feiertagen verkehren die ersten Züge ab Ring zwischen 1/2 und 3/4 8 Uhr früh und die letzten Züge um 1/2 9 Uhr abends nach den Aussenstationen. Eingestellt werden die Linien C, G, H, J2, M, V, 3, 4, 13, 15, 16, 17, 24, 32, 34, 37, 39, 40, 41a, 50, 51, 59, 60, 61, 65, 72, 75, 80, 117, 118, 158, 167 an Sonntagen. Gekürzt werden die Linien: A, B, in der Ausstellungstrasse ab Praterstern, J in der Thaliastrasse ab Blindengasse, H2 und L in Wittelsbachstrasse ab Sofienbrücke, 31 in der Brünnerstrasse ab Peitlgasse, 36 durch die Liechtensteinstrasse zwischen Börseplatz und Viriotplatz und in der Heiligenstädterstrasse ab Sickenberggasse, 38 in der Grinzinger-Allee ab Betriebsbahnhof Grinzing, 41 in der Gersthoferstrasse und Pötzleinsdorferstrasse ab Stadtbahnstation Gersthof, 43 in der Hernalserhauptstrasse und Dornbacherstrasse ab Betriebsbahnhof Hernalis, 49 in der Hütteldorferstrasse ab Stadtbahnstation Breitensee, 52 in der Linzerstrasse ab Baumgarten-Kasino, 57 und 58 in der Hietzinger-Hauptstrasse ab Neue Welt, 62 in der Feldkellergasse und Speisingerstrasse ab Betriebsbahnhof ~~Speising~~ Speising, 66 in der Laxenburgerstrasse ab Gudrunstrasse. Der Bahnhof-Rundverkehr ist in der Nacht von Sonntag auf Montag eingestellt. Der Dampfstrassenbahnverkehr von Mauer nach Mödling und von Kagran nach Groß-Enzersdorf und der Autobusverkehr von Pötzleinsdorf nach Salmansdorf wird eingestellt. Die besonders starken Einschränkungen des Sonntagsverkehrs sind zu Gunsten des Werktagsverkehrs notwendig und die Bevölkerung wird ersucht nur die unbedingt notwendigen Fahrten zu unternehmen, weil nur dann die Sparmassnahmen zu einem vollen Erfolge führen können.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, 10. Oktober 1919, Nr. 405.

Von der deutschösterreichischen Biereinkaufsstelle. Der Präsident der deutschösterreichischen Biereinkaufsstelle hat mit Bezug auf die in mehreren Tagesblättern enthaltene Nachricht über die Verwicklung des Inhabers Büschel, der Firma Nathan Büschel, in eine Preistreiberangelegenheit von seiner Funktion als Aufsichtsrat dieser Gesellschaft bis zur Klarstellung des Sachverhaltes entbunden.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 10. Oktober 1919.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass gespendet haben: Die Redaktion des „Neuen Wiener Tagblattes“ für die armen Kinder Wiens 50 K, Jakob Pollak, Brüssel für die Armen Wiens 132 K, Hermann Späthe, VI., für die Armen des VI. Bezirkes 200 K und die Firma Leopold Wieser, I., für die anlässlich des Brandes in Maresin I., Getreidemarkt 12 bei den Löscharbeitern verwendete Mannschaft 1000 K. Für die städtischen Sammlungen spendete Mag. Sekretär Dr. René Delaney, den dichterischen Nachlass von Eduard Sturm.

Auf eine Anfrage des GR. Weber (Soz. Dem.) in der letzten Sitzung, betreffend die Uebertragung des alleinigen Fischrechtes in den Gewässern der Donau-Regulierungskommission an die Gemeinde teilt der Bürgermeister mit, dass der Fischbestand dieser Gewässer für den allgemeinen Bedarf Wiens ohne geringste Bedeutung ist und nur einen verschwindend kleinen Teil zu decken vermag. Ein rationeller Betrieb durch eigene städtische Organe käme der Gemeinde so hoch zustehen, dass ein solcher Fisch den Wert eines Leckerbissens bekommen würde.

Auf die Anfrage des GR. Doppler (chr. soz.) aus der letzten Sitzung in Angelegenheit der Entschädigung der Mitglieder der Brotkommissionen gab der Bürgermeister folgende Erklärung: Ich habe anlässlich der Beantwortung einer denselben Gegenstand betreffenden Anfrage kürzlich mitgeteilt, dass die Verhandlung über die Frage der anstrebten Erhöhung der Entschädigung für die Mitglieder der Brotkommissionen in Frage ist. Diese Entschädigung wurde bisher zweimal erhöht. Die begehrte neuerliche Erhöhung stösst aber angesichts der bekannten finanziellen Lage der Gemeinde auf ausserordentliche Schwierigkeiten weshalb natürlicherweise die Verhandlungen ins Stecken gerieten. Sie sind jedoch vor einiger Zeit über Drängen der Beteiligten wieder in Gang gekommen. Vielleicht ist es möglich, durch Aenderung in der Geschäftsführung der Brotkommissionen die Lehrerschaft von der gewiss nicht gut bezahlten Arbeit in den Brotkommissionen zu entlasten.

Der Bürgermeister antwortet auf eine Anfrage des GR. Dr. Glasauer (chr. soz.) in der letzten Sitzung wegen der Einmischung des Bezirksvorstehers des 13. Bezirkes in einer Delogierungsangelegenheit: Nach den teils von mir selbst, teils in meinem Auftrag gepflogenen Erhebungen ist es unrichtig, dass der Bezirksvorsteher Herrn Hebling vor die Wahl gestellt hat, entweder auf die Delogierung zu verzichten oder es würde der Arbeiterrat mit der Volkswehr die Delogierung verhindern. Richtig ist nur, dass der Bezirksvorsteher Hebling zu sich einladet auf die ausserordentliche Wohnungsnot im Bezirke hinweisen und darauf aufmerksam machen, dass die Delogierung ein ungeheures Aufsehen machen werde. In diesem Vermittlungsversuch des Bezirksvorstehers kann wohl niemand einen unerlaubten Eingriff in den Wirkungskreis der Gerichte erblicken. Es entfällt für mich so hin auch die Veranlassung, den genannten Bezirksvorsteher in Sinne der Anfrage zu beehren.

Auf eine Anfrage des GR. Dr. Glasauer (chr. soz.) aus der letzten Sitzung betreffend die Einmischung der Volkswehr in die gerichtlich angeordnete Delogierung eines Volkswehrmannes teilt der Bürgermeister mit, dass diese Angelegenheit in die Zuständigkeit des Gerichtes fällt. Es stehe ihm die Ausübung einer richterlichen Gewalt nicht zu, weshalb er ausserstande ist in der Sache einzuschreiten. Wenn es in der Anfrage heisst, dass festzustellen sein wird, ob die Staatsgewalt oder die Anarchie in diesem Staate stärker ist, so bedarf es dieser Feststellung nicht, da Uebergriffe einzelner Personen nicht verallgemeinert dürfen und daraus nicht der Schluss gezogen werden kann, dass bei uns die Anarchie herrsche.

Auf eine Anfrage des GR. Dr. Grün (Soz. Dem.) betreffend die Beitragsleistung des Landes zu den Verpflegskosten in der Heimstätte Steinklamm teilt der Bürgermeister mit: Als im Sommer 1918 in einem Teile des staatlichen Barackenlagers „Steinklamm“ von der Gemeinde Wien ein Genesungsheim für an leichter Tuberkulose erkrankte Wiener so rasch als möglich errichtet werden sollte, blieb behufs Geldnachschaffung von Ersatzansprüchen an die zur Zahlung von Spitalverpflegungsgebühren verpflichteten Faktoren nichts anderes übrig, als das neue Genesungsheim administrativ dem städtischen Jubiläumsspitale gewissermassen als Filiale anzugliedern und auf dieser Grundlage den Betrieb zu führen. In diesem Sinne wurde noch im Juli 1918 sowohl die niederösterreichische Statthalterei als auch der n.ö. Landesausschuss vom Wiener Magistrat verständigigt. Hierauf hat die n.ö. Landesregierung mit dem Erlasse vom 24. Juli 1919, Zahl VI - 442/2 der Gemeinde Wien die sanitäts-

behördliche Bewilligung für die Errichtung und den Betrieb des in administrativer Hinsicht den Jubiläumsspitale anzugliedernden Genesungsheime in Steinklamm erteilt. Auch zahlreiche Krankenkassen haben den Rechtspunkt der Gemeinde anerkannt und die Verpflegungsgebühren für in Steinklamm behandelte Kassenmitglieder entrichtet. Der gewesene n.ö. Landesausschuss dagegen hat den Rechtspunkt der Gemeinde bestritten und sich bisher nicht bereit gefunden, die Verpflegungsgebühren für in Steinklamm behandelte, nach Wien oder Niederösterreich zuständige mittellose Kranke zu bezahlen, da für diese Anstalt nicht das Öffentlichkeitsrecht abgesondert erwirkt wurde. Im Falle des Durchdringens dieser Anschauung wäre die Gemeinde sehr benachteiligt, da sie in die Zwangslage käme, die grossen Kosten, welche der Betrieb von Steinklamm verursacht, ohne jede Entschädigung aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Die Gemeinde hat daher Verhandlungen eingeleitet, die noch im Zuge sind. Nach den von mir eingeholten Erkundigungen wird die Angelegenheit am Dienstag, den 14. Oktober im n.ö. Landesausschuss neuerlich zur Beratung gelangen. Aus diesem Anlasse habe ich den Herrn Landesheuptmann auf die berechnete Förderung der Gemeinde besonders aufmerksam gemacht.

Schriftführer Janschik (Soz. Dem.) verliest den Einlauf.

GR. Machat (Tscheche) führt Frage, dass die Wahl in den Ortschaftsrat im 18. Bezirk mit absoluter Mehrheit vorgenommen wurde und dass die Weisungen des Stadtrates und Bezirksschulrates unbeachtet zu lassen worden sei und fragt ob der Bürgermeister den Beschlüssen des Stadtrates und Bezirksschulrates auf gesetzlichem Wege Geltung verschaffen wolle.

Bgm. Reumann: Die Wahl in den Ortschaftsrat haben durch absolute Stimmenmehrheit zu erfolgen. Da dieser Vorgang von der Bezirksvertretung des 18. Bezirkes eingehalten wurde, ist bei dieser Wahl in gesetzlicher Weise vorgegangen worden.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob er zur Aufklärung des Gemeinderates und der Öffentlichkeit einen Bericht darüber erstatten lassen wolle, in welchem Umfange durch den Abbau der Geschäfte Räumlichkeiten für Wohnzwecke frei wurden und warum die Verringerung der von den in Frage kommenden Behörden und Anstalten in Anspruch genommenen Wohnräume nicht in einem rascheren Tempo erfolgt und schliesslich, in welchem Zeitpunkt auf eine vollständige Rückgabe der in Anspruch genommenen Hotels Wohngebäude und Wohnungen gerechnet werden darf.

Bgm. Reumann: Das Wohnungsamt hat sich schon vor einiger Zeit an die staatlichen und kriegswirtschaftlichen Stellen um Auskunft über die durch den Abbau der Geschäfte freiwerdenden Räumlichkeiten gewendet. Die Antworten sind noch nicht so vollständig um eine statistische Aufstellung zu ermöglichen, lassen aber schon jetzt erkennen, dass aber keine grossen Hoffnungen an diesem Abbau zu knüpfen sind. Ueber die von Militärbehörden in Wien gemieteten Privathäuser, Wohnungen, etc. liegt eine amtliche bis 1. September reichende Zusammenstellung vor. Hinach sind gegen den Stand vom 30. November 1918 rückgestellt worden: 7 1/2 Wohnhäuser, 4 Hotels, 194 Wohnungen, 17 Ateliers, 63 Souterrain- und Gassenlokale. Gerade die wichtigsten Objekte, nämlich Hotels und Wohnungen werden in geringster Masse frei, in grösserer Masse nicht bewohnbare Souterrain- und Gassenlokale. Noch immer in Besetzung der Militärbehörden sind: 1285 Zimmer und 684 Nebenräume. Auf das Tempo der Räumung einen anderen Einfluss zu nennen, als die inner wiederholte Betreibung, ist das Wohnungsamt nach der gegenwärtigen Gesetzgebung nicht in der Lage. Ebenso wenig kann es daher angehen, wann auf eine vollständige Rückgabe der Hotel, Wohnungen und Wohngebäude gerechnet werden kann. Es wurde schon bei einer anderen Gelegenheit bemerkt, dass eine beschleunigte und ausgedehnte Rückgabe nur unter Zwangsmassregeln zu erwarten ist, hinsichtlich der dem Gemeinderate bereits nächste Woche ein Bericht vorliegen wird.

GR. Vaugoin (chr. soz.) weist darauf hin, dass das deutschösterreichische Warenverkehrsbüro, das bisher in der Handels- und Gewerbekammer untergebracht war, das Hotel Europa gekauft hat und dass dieses Hotel bereits am 11. aufgelassen wird. Der Verkauf soll mit Zustimmung des Staatsamtes für Finanzen erfolgt sein. Da dieses Hotel mehr als 100 Zimmer für die Aufnahme von Fremden hatte, so ist durch die Auflassung die Wohnungskalamität wieder um ein beträchtliches gestiegen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister das Wohnungsamt beauftragen wolle, dass sämtliche verfügbare Zimmer des genannten Hotels in Sinne der Verordnung für Wohnzwecke angefordert werden und ob er bei der Regierung vorstellig werden wolle, dass in Zukunft solche Käufe nur dann genehmigt werden, wenn hierzu nicht nur das Staatsamt des Innern sondern auch der Gemeinderat seine Zustimmung erteilt hat.

Bgm. Reumann: Durch eine Anforderung könnte den Mietern nicht geholfen werden, da sich die Anforderung nach der Verordnung nur auf ein Viertel der Fremdenzimmer erstrecken könnte. Dagegen ist die geplante Umwandlung in Büros nur mit Genehmigung des Wohnungsamtes auf Antrag des Mieters oder des Hauseigentümers statthaft. Ein solcher Antrag ist bisher nicht gestellt worden. Der Gehilfenausschuss des Greniums der Hoteliers und Pensioninhaber hat gegen eine derartige Umwandlung Einspruch erhoben. Ich werde nicht erlangen an die zuständigen Zentralstellen das Ersuchen zu richten, in Zukunft solche Ankäufe von Hotels nicht zu genehmigen, ohne vorher der Gemeinde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben zu haben.

GR. Vaugoin (chr. soz.) weist darauf hin, dass unter Führung des Bezirksvorstehers Schiman vier Arbeiterräte in Jubiläums-Spitale erschienen, um mit Rücksicht auf verschiedene beim Arbeiterrat eingelaufene Anzeigen über missbräuchliche Ausnutzung des Lebensmittelbezugsrechtes seitens der Angestellten des Jubiläums-Spitals Erkundigungen einzuziehen. Da die Arbeiterräte erklärten, dass sie unbeschadet der ihnen bereits anlässlich eines ersten Versuches einer Revision von VB. Winter abgegebenen Erklärungen, dass Arbeiterräte nicht befugt sind, Revisionen in der der Gemeindeverwaltung unterstehenden Anstalt vorzunehmen, jederzeit das Recht hätten, ununterbrochen den Wirtschaftsbetrieb des Spitals zu revidieren, so fragt der Interpellant, ob der Bürgermeister den Arbeiterrat verständigen wolle, dass er kein Recht besitze städtische Anstalten zu revidieren. Weiter wird gefragt, ob der Bürgermeister den Bezirksvorsteher Schiman dahin informieren lassen wolle, dass er durch die Führung der Arbeiterräte zwecks Revision des Jubiläums-Spitals sich eine grobe Überschreitung seiner Befugnisse zu schulden hat kommen lassen und ihn aufzufordern, in Zukunft sein Amt nicht als Mitglied des Arbeiterrates sondern als Bezirksvorsteher zu versehen.

Bgm. Reumann: Ich werde die Angelegenheit erheben lassen und die Anfrage in der nächsten Sitzung beantworten.

GR. Jehachick (Soz. Dem.) fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die am der Ecke der Arnebgasse und Lorenz-Bayerplatz anhäufenden Hausabfälle beseitigt werden.

Bgm. Reumann: Ich werde wegen Abstellung des Uebelstandes sofort das entsprechende veranlassen.

GR. Schütz (Soz. Dem.) fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die in Betracht kommenden Stellen die Errichtung einer Parkanlage am Fusse des Schlossparkes am Wilhelminenberg in Liebhartsttal in Angriff nehme.

Bgm. Reumann: Ich werde über den Gegenstand der Anfrage vom Magistrat einen Bericht einfordern.

GR. Marie Wielsch (chr. soz.) weist darauf hin, dass seit einigen Wochen Kinder und Schwerkranke auf Grund der Milchverfälschungen abgesehen von nicht-entsprechenden Quantitäten statt Frischmilch saure Milch, deren Vollwertigkeit fraglich ist, bekommen. Es herrscht die Meinung, dass die Milch wiederholt abgerahmt worden sei und dass das Obery den Schleichhandel zugeführt werde, da es während der Sommermonate nicht soviel saure Milch gab als jetzt. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister die mit der Milchversorgung betrauten Aemter beauftragen wolle eine Untersuchung einzuleiten.

Bgm. Reumann: Die statistischen Anweise zeigen, dass in der zweiten Augusthälfte durchschnittlich 26.000 Liter täglich in sauren Zustande in Wien einlangten, während gegenwärtig der Tagesdurchschnitt der sauren Milch 18.000 Liter beträgt. Die auf den Bahnhöfen von Marktorganen vorgenommenen Ueberprüfungen zeigen, dass die angegebenen Mengen schon auf den Bahnhöfen im sauren Zustande einlangen. Der Milchversorgungsetelle sind bisher keine Beschwerden zugegangen, die darauf schliessen liessen, dass saure Milch an Kinder und Kranke gegenwärtig in einer grösseren Masse abgegeben würde als dies während des Sommers geschah. Es ist daher nicht anzunehmen, dass durch Entziehung von Frischmilch in Wien die Menge der jeweils vorhandenen sauren Milch eine Vermehrung erfährt bzw. deren Vollwertigkeit vermindert wird. Saure Milch dürfen nur ältere Kinder und solche Kranke erhalten, deren Krankheit den Genuss saurer Milch zulässt und die sich mit dem Bezuge derselben einverstanden erklärt haben. Ich werde die vorliegende Anfrage zum Anlass nehmen, um die Milchversorgungsetelle anzuweisen, der Gebarung der einzelnen Milchabgabestellen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und durch häufige Kontrollen zu verhüten, dass etwa durch unlaute Manipulationen einzelner Abgabestellen die Versorgung der Kinder und Kranken mit Frischmilch eine Verschlechterung erfährt.

GR. Marie Wielsch (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister mit den in Betracht kommenden Stellen in Verbindung treten wolle, damit die freie Durchfahrt, der Zu- und Abgang durch die Burg mindestens in denselben Ausmasse wie früher gestattet werde.

Bgm. Reumann: Die Absperrung der durch die Hofburg führenden Wege wurde durch das Polizeikommissariat aus Sicherheitsgründen insbesondere in Hinblick auf die in der Hofburg untergebrachten wertvollen Sammlungen verfügt. Ueber in kurzen Wege gepflogene Anfrage haben sowohl das Verkehrsamt der Polizeidirektion als auch das Kommissariat Innere Stadt mitgeteilt, dass derzeit gegen die Aufhebung dieser Verfügung der Anstalt obwaltet. Der Magistrat wird daher sofort an die Polizeibehörde das Ersuchen richten den Verkehr durch die Burg wieder wie früher zu gestatten.

GR. Sirotek (Tschecho) sagt, dass von Unterricht in der Schule in der Schützenstrasse heimkehrende tschechische Kinder in der Strassenbahn von den Fahrgästen beschimpft werden, weil sie tschechisch sprechen. In einem bestimmten Falle hat der diensthabende Schaffner sich an der Beschimpfung beteiligt. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass den Schaffnern gesagt wird, dass sie sich an solchen Schimpfereien nicht beteiligen dürfen.

Bgm. Reumann: Ich werde die Angelegenheit untersuchen lassen und die entsprechenden Verfügungen treffen.

GR. Thaller (Soz. Dem.) fragt, ob der Bürgermeister bei der Landesregierung dahin wirken wolle, dass der derzeitige Wiener Fortbildungsschulrat ehe baldigst aufgelöst wird und dass durch eine Aenderung des Paragraph 39 des Fortbildungsschulgesetzes seine Zusammensetzung moderneren Grundsätzen angepasst wird. Ferner, ob der Bürgermeister bei der Staatsregierung Schritte unternehmen wolle, damit das Fortbildungsschulwesen den Unterrichtsamt in Staatsamt des Innern unterstellt wird.

Bgm. Reumann: Die Auflösung des Fortbildungsschulrates und die Aenderung des Fortbildungsschulgesetzes fällt in die Kompetenz der Landesregierung. Ich werde die Anfrage als Antrag behandeln und der Landesregierung übermitteln.

GR. Erntner (Deutschnational) fragt, ob der Bürgermeister bei der Regierung dahin wirken wolle, dass Deutschwestungarn an Deutschösterreich angeschlossen wird und keine diesbezüglichen Verhandlungen, die einer Verschärfung mehr als ähnlich seien, mit der derzeitigen ungarischen Regierung gepflogen werden.

Bgm. Reumann: Ich habe bereits zur Zeit der Friedensverhandlungen bezüglich Deutschwestungarn an den Staatskanzler eine Depesche nach St. Germain gerichtet, in der wir zu dem Anschluss grösserer Gebietsteile eingetreten sind. Dadurch haben wir bekannt, dass wir den Wert des Anschlusses richtig erfasst haben. Allerdings haben wir stets gefordert, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker bewahrt werde und es müsste naturgemäss auch hinsichtlich des Anschlusses Deutschwestungarn der Bevölkerung die freie Wahl zustehen. Ob und welche Verhandlungen von Seite der Regierung mit Ungarn in der Anschlussfrage Deutschwestungarn geführt werden, ist mir nicht bekannt. Ich werde daher diese Anfrage dem Staatskanzler übermitteln.

GR. Koppensteiner (chr. soz.) fragt wie es kommt, dass bei der Wahl des Ortschaftsrates im 20. Bezirk die christlichsoziale Partei nicht berücksichtigt wurde, obwohl sie vier Mandate in der Bezirksvertretung hat und obwohl Parteevereinbarungen getroffen wurden, dass Wahlen nach dem Schlüssel vorzunehmen sind.

Bgm. Reumann: Wie der Fragesteller wissen wird, liegen im 20. Bezirk insoferne besondere Verhältnisse vor, als die Partee Freunde des Fragestellers vor einiger Zeit die Mandate als Armenräte niedergelegt und so die Mehrheit der Bezirksvertretung an eine schwierige Lage versetzt haben. Die Rückwirkung dieses Vorgehens hat sich nun auch bei der Wahl in den Ortschaftsrat geltend gemacht.

GR. Santa (Tschecho) fragt, was der Bürgermeister zu tun gedenkt, damit die 7000 Odaachlosen tschechischen Schulkinder in Wien, die den Schulunterricht in Gasthäusern entgegennehmen, in ordentlichen Schulhäusern untergebracht werden.

Bgm. Reumann: Diese Anfrage beantworte ich damit, dass die Angelegenheit der tschechischen Schulträger weitere Verhandlungen stattfinden. Im Interesse der Schulkinder wäre es gelegen, sie bis zur Austragung der Angelegenheit in den bisher besuchten Schulen zu belassen.

GR. Klimes (Tschecho): Das ist ein Skandal! Wissen Sie, dass gestern der Schulstreik proklamiert worden ist? Die Geschichte ist ein Weltskandal und was sich ereignet hat nur hier möglich.

GR. Erntner (Deutschnational): Ihr sperrt die deutschen Schulen in Tschechien!

GR. Klimes (Tschecho): Die sozialdemokratische Partei machen wir verantwortlich dafür was an den Schulkindern verbrochen wird.

Bgm. Reumann: Wenn Sie den Schulstreik inszenieren, so haben Sie sich das selber zuzuschreiben.

GR. Klimes und die anderen tschechischen Gemeinderäte rufen das ist ein Skandal, das ist unerhört! Es ist eine Rohheit!

Bgm. Reumann: Wenn Sie nicht ruhig sind, werde ich von den Disziplinarmitteln Gebrauch machen.

GR. Klimes (zum Bürgermeister gewendet): Wenn Sie mich hinausschmeissen wollen so können Sie es tun!

GR. Klimes spricht sehr erregt tschechisch weiter.

GR. Machai (Tschecho): 7000 Schulkinder sind in Wirtshaus!

GR. Klimes: Sie wollen die Herzen der Welt gewinnen und sind herzlose Leute. Das ist keine Gerechtigkeit! Wir lassen uns nicht zum Narren halten. Das ist eine Gemeinheit, das ist eine Niederträchtigkeit, das ist eine Rohheit!

(Zwischenrufe bei den Socialdemokraten).
GR. Klimes: Ich werde meine Sachen verteidigen, so wie ich will. Ich bin selbst Unternehmer. Ihr seid politische Konkurrenten!
Die während der Worte der tschechischen Gemeinderäte herrschende Erregung im Saale dauret an.

GR. Isler (Soz. Dem.), zu GR. Klimes gewandt: Sie können doch hier nicht so reden, das hat ja gar keinen Sinn.
GR. Klimes: Sie können nicht ja hinausschmeissen, wenn Sie wollen.
GR. Klimes spricht sehr erregt und heftig bald deutsch bald tschechisch.
Gelächter im Saale.

Bgm. Reumann: (zu den Tschechen gewendet) : Meine Herren, ich schliesse Sie nicht aus, merken Sie sich das. Wenn Sie schreiben wollen, schreiben Sie ruhig weiter. Wenn Sie glauben, dass Sie dadurch Ihrer Sache einen Dienst erweisen, so irren Sie sich.

GR. Sirotek (Tscheche): Wir wollen eine bestimmte Antwort haben.

GR. Klines spricht weiter tschechisch und führt dann schreiend deutsch fort: Wir müssen unsere Schulen haben, eher gibts hier keine Sitzung!

Bgm. Reumann: Sie brauchen nur zu sagen wie lange Sie schreiben wollen; wir haben ja Zeit.

GR. Klines geht auf seinen Platz und spricht sehr erregt weiter.

Bgm. Reumann (zu GR. Klines gewendet): Wenn Sie noch eine halbe Stunde schreiben wollen so schreiben Sie weiter; ich werde warten. Diese Taktik nützt Ihnen nichts. Sie wissen, dass die Sache entschieden werden muss, aber nicht durch ein Geschrei im Gemeinderate.

GR. Klines (heftig erregt): Wir werden uns schon wehren! Sie (zu den Sozialdemokraten gewendet) sind nicht die stärksten auf der Welt. Wir haben mit Ihnen verhandelt, aber jetzt muss man es auch in Paris hören wie Sie uns behandeln. (Zu den Christlichsozialen gewendet): Raubtiere sind Sie, aber keine Christen.

GR. Klines spricht tschechisch heftig gestikulierend von seinem Platze aus und zieht ein Pfeiferl aus der Tasche, auf dem er zu pfeifen beginnt.

Bgm. Reumann: Ich unterbreche die Sitzung auf eine Stunde.

Auch dann noch dauert die Erregung in Saale an.

Nach Ablauf der Stunde erklärt Bürgermeister Reumann um 6 Uhr die Sitzung für wieder eröffnet. Es gelangen noch zwei Interpellationen zur Verlesung.

GR. Glasauer (chr.-soz.) fragt in einer Interpellation mit Rücksicht auf die sich infolge der guten Ernte in dem Deutschösterreich zugesprochenen Westungarn befindlichen grossen Lebensmittelmengen an, ob bereits Schritte unternommen wurden, um diese Vorräte für die hungernde Bevölkerung Wiens nutzbar zu machen, um sie dem demnünftigen Schleichhandel zu entziehen da infolge der Absperrung der Budapest Regierung und durch die Absperrung der Arbeiter- und Soldatenräte die Gefahr drohe, dass von diesen Mengen überhaupt nichts nach Wien komme.

Bgm. Reumann: Da die Grenzen nach der Erfahrung des Anfragenden Herrn Gemeinderates abgesperrt sind, konnte ich naturgemäss die Vorräte Westungarns nicht erfassen. Ich kann nur versichern, dass die unausgesetzten Bemühungen der amtlichen Stellen dahin gehen, Wien mit Lebensmitteln zu versehen.

GR. Dr. Glasauer (chr.-soz.) beschwerte sich in einer Anfrage über den städtischen Angestellten, der in seiner Eigenschaft als Arbeiterrat eine Delegation verhindern wollte.

Der Bürgermeister versprach über diesen Fall Erhebungen zu pflegen, da ihm diese Nachricht erst um 3/4 3 Uhr nachmittags künan.

GR. Klines (Tscheche) beantragt den Schülern des Privat-Realgymnasiums und der Privat-Handelsschule mit tschechischer Unterrichtssprache in der Schützengasse eine Fahrpreiserleichterung auf den Strassenbahnen zu gewähren.

GR. Thonner (Soz. Dem.) beantragt die Errichtung eines Wartehäuslebens bei der Endstation der Strassenbahn Pötzleinsdorf.

GR. Bergmann (Soz. Dem.) beantragt, dass sich der Gemeinderat den Aeusserungen der massgebenden Vereinigungen anschliessen solle, die dahin gehen, dass die gesetzliche einheitliche 6 Uhr-Sperre an Wochentagen auch im Kleinhandel im Interesse der Angestellten und Hilfsarbeiter notwendig und ausgenommen den Kleinverkauf von Lebensmitteln auch vom Standpunkte des kaufenden Publikums durchaus möglich ist.

GR. Bergmann (Soz. Dem.) stellt den Antrag, der Gemeinderat möge seiner Meinung dahin Ausdruck geben, dass der Beginn der Sonntagsruhe in den möglichst zeitlichen Nachmittagsstunden des Sonntags ohne jeden Nachteil für das kaufende Publikum und den Handel eintreten kann und dass die schleunigste Durchführung dieser im Interesse zahlloser arbeitender Menschen gelegenen sozialen Massnahme wärmstens befürwortet wird.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

VB. Hoss berichtet über das Mehrerergebnis für die Rohrlegungsarbeiten beim Baue des Kontumazmarktes in Simmering im Betrage von rund 78000 K und werden seine Anträge angenommen.

Für die Niederbringung einer Bohrung bis zu 400 m Tiefe in der Gegend zwischen dem Leithaflusse und Sollenau wird nach den Anträgen des GR- Breitner ein Kredit von 205.000 K.

Die Ausgabe der Papiernotgeldscheine zu 20 Heller wird nach einem Antrage des GR. Breitner mit den Herstellungskosten von 165.000 K genehmigt. Für die Ausgabe von Notgld zu 10 und 50 Hellern sind weitere Vorkehrungen zu treffen, wobei bei der Fertigstellung auf die künstlerische Ausstattung dieser Scheine Wert zu legen ist.

Nach einem Antrage des Vize-Bürgermeisters Winter wird die Neuschaffung von 5 Jugendanwaltschaften im städtischen Jugendamte genehmigt.

Die auf der Tagesordnung stehenden Geschäftsstücke, die vom Stadtrate erledigt wurden und einer nachträglichen Genehmigung des Gemeinderates bedürfen, werden ohne Debatte angenommen.

StR. Breitner (Soz. Dem.) berichtet über die Erhöhung der Beiträge der Feuerversicherungsgesellschaften für Feuerwehrrzwecke.

GR. Roth (chr. soz.): Ich spreche nicht im Namen der Vermieter sondern der Mieter. Es geht nicht an, dass gerade ein Stand, der seit 1914 keine Erhöhung der Einnahmen vornehmen konnte, fortwährend belastet wird, um diese Belastung dann auf die Mieter zu übertragen. Die heutige Erhöhung beträgt 1150 Prozent. Das entspricht einem Betrage von 8, 180.000 K; das ist wieder eine ^{zwei} /-prozentige Mietzinssteigerung. Es ist also nicht der Vermieter, sondern die Herrschende Partei, diejenige welche durch diese Erhöhung die Mieter belastet. Die Magistratsabteilung XVII hat in dieser Angelegenheit eine Information an die Presse hinausgehen lassen, die unrichtig ist. Es ist eigentümlich, dass der Bürgermeister duldet, daß man unrichtige Zeitungsartikel hinausgibt, welche die Bevölkerung beunruhigen und zwei Stände gegeneinander aufhetzen. Die herrschende Partei sollte vor der Bevölkerung die Verantwortung für solche Erhöhungen übernehmen. Die armen Mietparteien, für die ich heute spreche, vertragen diese Belastung nicht, da erbitte ich den Antrag abzulehnen.

GR. Dr. Schwarz-Müller (Demokrat): Auch ich bin gegen diesen Referat und werde dagegen stimmen- Ich möchte mir aber erlauben, als Mieter einiges zu sagen. Kollege Breitner schlägt eine 25%ige Erhöhung vor. Seine Begründung ist zutreffend- Es kann nicht bestritten werden, dass die Kosten der Feuerwehr hohe sind und es wird wohl von niemanden bestritten werden, dass die Feuerwehr während der Kriegszeit und auch jetzt tadelloos funktioniert, was alles den Versicherungsgesellschaften grosse Verdienste geleistet hat. Es ist aber zweifellos, dass derartige Erhöhungen von Gebühren, welche den Versicherungen aufgeladen werden, nicht von diesen getragen, sondern beim nächstmöglichen Termine überwält werden werden, natürlich auf den Hauseigentümer, für der es auf die Dauer nicht vertragen wird, solche derartige Belastungen auszuhalten und sie auf die Mieter weiter überwält werden. Unser Interesse ist es aber auch, dass der Hauseigentümer ein gewisses Realeinkommen besitzt. Wenn Sie heute durch die Wiener Häuser gehen, so werden Sie beobachten, dass sich die Häuser äusserlich und innerlich in einem Zustande der Verwahrlosung befinden, die die Bevölkerung gefährden können und die Wohnräume unbehaglich gestalten. Wir müssen daher bei derartigen Anträgen, wo es sich um Steuererhöhungen, die dann Mietzinsserhöhungen werden können, oder um andere Erhöhungen handelt, diese Erhöhungen auf andere überwält werden. Ich sehe vollkommen ein, dass der Stadtrat nach Erhöhung der Einnahmen der Gemeinde Wien trachtet, aber ich möchte davor warnen, die Häuser in erster Linie als Objekte für derartige Steuerexperimente zu machen, schon aus den Grunde, weil die Wiener Häuser in einem schlechten Zustande sind und damit der Hauseigentümer in die Lage kommt, die Reparaturen, die infolge des Krieges und nach dem Kriege veräussert wurden, nach und nach vornehmen lassen kann. Es soll daher die Wohnung unter keinen Titel belastet werden. Aus diesem Grunde stimme ich gegen die Vorlage.

GR. Bergmann (Sozialdemokrat) weist darauf hin, dass nach dem Mieterschutzgesetz die Kosten für die Verwaltung eines Hauses auf den Mieter überwält werden können, Er bestrittet aber, dass in der in Rede stehenden Frage der Hausherr die Kosten auf den Mieter überwält kann. Die Versicherung des Hauses will keine Post, die der Verwaltung dieses Hauses dienet. Es sei auch sehr fraglich, ob das Mietamt anerkennen würde, dass diese Kosten auf den Mieter überwält werden. Die Präzisen, die der Hausherr zu bezahlen hat, können also nicht auf den Mieter überwält werden.

GR. Breitner führt in seinen Schlussworte ein praktisches Beispiel an, das zeigt, dass Ueberwälzungen auf den Mieter nicht gerechtfertigt sind. Nach den Mitteilungen der n.B. Landesregierung betrug die Versicherungsprämie 18 Heller für 1000 K, bei einem grossen Teil der Häuser bloss 16 Heller. Bei einem Mietobjekt im Versicherungswert von 1 Million Kronen betrug daher die Versicherungsprämie bisher 160 K und wenn die volle Erhöhung von den Gesellschaften auf die Versicherten überwälzt wird, so kann es sich nur um eine Steigerung von 30 bis 40 Kronen jährlich handeln. Da ein solches Haus mindestens einen Zins von 60.000 K bringt, ist es ganz klar, dass von einer Mietzinssteigerung keine Rede sein kann. Der Referent pflichtet den Ausführungen des GR. Dr. Schwarz-Hiller bei und meint, dass durch eine staatliche Aktion geholfen werden müsse.

GR. Rath (chr.-soz.) wendet sich in einer tatsächlichen Berichtigung gegen die Ausführungen des GR. Bernann und betont, dass er als freigewählter Gemeinderat ~~sich~~ in diesem Saale über alle Angelegenheiten sprechen könne.

GR. Täubler (Soz.-Dem.) Sie müssen sich aber an die Geschäftsordnung halten!

GR. Roth (chr.-soz.) betont, noch, dass die Versicherung auf das Dreifache gestiegen ist und somit auch die Prämien. Der Hausherr war im Kriege der einzig sozial denkende Mensch (Werkhüter bei den Sozialdemokraten), aber er ist nicht da, um Almosen zu geben.

GR. Bernann (Soz.-Dem.) wendet sich in einer tatsächlichen Berichtigung gegen die Ausführungen des GR. Roth.

Hierauf werden die Anträge des Referenten angenommen.

StR. Hackl (Soz. Dem.) berichtet über die Errichtung eines zentralen Holzlagerplatzes in Wien und beantragt zur Durchführung der Vorbereitungsarbeiten die Zustimmung zu erteilen und zur Verfassung der Projektskizzen einen Vorschuss von 5000 K zu bewilligen.

GR. Dr. Glasauer (chr. soz.): Das Wort „Zentraler-Holzmarkt“ erinnert an zentrale Bewirtschaftung oder Zentralfriedhof, daher wird einem dabei etwas gruselig. (Heiterkeit). Ich habe nicht verstanden, wozu wir einen zentralen Holzmarkt brauchen, wo es kein Holz in Wien gibt. Ich habe mir gedacht, es muß etwas jüdisches dahinter stecken, sonst könnte die sozialdemokratische Mehrheit nicht für dieses Projekt eintreten. Die Firma, die sich für dieses Projekt so besonders einsetzt, ist wahrscheinlich keine arische. Die Idee eines zentralen Holzlagerplatzes ist nicht neu und man ist von derselben immer früher abgekommen, weil er sich für eine so große Stadt nicht verbilligen und praktisch erweist. Die teuren Transportspesen für Zustreifungen könnten verringert werden, wenn man das Holz an den Bahnhöfen zum Verkauf bringt. Die Fachleute sind auch dagegen. Die Genossenschaft der Holz- und Kohlenhändler gelangte zu dem einstimmigen Beschlusse, daß für sie kein Anlaß vorliegt, dieser Frage näher zu treten, da es nicht an Lagerplätzen, sondern an Holz fehlt. Ich fürchte, dass wir durch die Zentralisierung des Marktes und der Holzbeschaffung ewig in der Holzmisère stecken bleiben. Ich habe alles Mißtrauen, dass sich Behörden mit der Holzfrage befassen. Der Redner stellt zum Schluß den Zusatzantrag, daß zu den Vorarbeiten Vertreter der Genossenschaften der Holzhändler, der Zimmermeister und Tischler beizuziehen sind, widrigenfalls die Gemeinde Wien den Kredit von 5000 K nicht flüssig macht.

Referent StR. Hackl (SozD) erklärt in seinem Schlußwort, daß es sich nur um Vorarbeiten handle und mit dem heutigen Referate die derzeitige Holzaufbringung nichts zu tun habe.

Hierauf werden die Referentenanträge und der Zusatzantrag des GR. Dr. Glasauer angenommen.

Nach den Berichten des GR. Schorsch (Soz. Dem.) werden folgende Anträge angenommen:

Erhöhung des Reinigungsgeldes für die Hausmeister in den Wohnhäusern der Elektrizitätswerke um 100 %.

Bewilligung eines Zuschusskredites anlässlich Nachschaffung von Akkumulatorenplatten für Feuelektromobile.

Erwerbung von Drehstromöltransformatoren aus der Sachdemobilisierung und von Drehstromtransformatoren für das Elektrizitätswerk.

Festsetzung der Gehälter des Aufsichtspersonales im Neufelder Tagbau.

Bauliche Herstellung für die Heizölfuehrung in den Kraftwerken Simmering und Engerthstrasse.

Für die durch die Eröffnung eines 2. Tagbaues in Neufeld notwendig gewordenen Arbeiten werden 1.200.000 Kronen bewilligt.

GR. Siegl (Doz.-Dem.) beantragt für die Herstellung eines Verbindungsweges der Lobau mit der Stadt mit rund 352.000 K zu genehmigen. Weiter beantragt er den Ankauf der Häuser in der Tannbruggasse in Meidling. Seinen Anträgen wird zugestimmt. Für die Erweiterung der Kesselanlage des Ueberlandkraftwerkes Eberfurth wird ein Kredit von 7.750.000 K genehmigt.

GRin Amalie Seidel (Soz.-Dem.) berichtet über die Systemisierung einer 3. Wäterinnenstelle im Kindergarten in der Dörfelstrasse. Die Stelle wird mit einem Jahresbezüge von 360 Kronen und einer jährlichen Teuerungszulage von 2000 K systemisiert.

Nach einem Berichte des STR. Weigl wird die Anlage einer Gleisschleife von der Winkelmannstrasse durch die Weiglasse und Iheringgasse zur Sechshausarstrasse im 13. Bezirk um den Kostenbetrag von 243.000 K genehmigt.

StR. Biber (chr.-soz.) berichtet über den Umbau der Heizanlage im Schulgebäude 6. Bezirk, Stumpergasse 56 mit einem voranschlagten Kostenbetrage von rund 422.000 K. Der Stadtratsantrag wird angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Dr. Kienböck wird der Mietvertrag mit der Teppichreinigungsanstalt in Oberlaa gekündigt.

Bgm. Reumann übernimmt den Vorsitz.

Vize-Bgm. Emmerling berichtet über die Ausschaltung Wiens aus dem internationalen Verkehr und betont, dass Wien das grösste Interesse daran hat, dass jene Verbindungen, die vor dem Kriege bestanden und über Wien führten, wieder aufgenommen werden. Wir müssen entsprechende Schritte bei der Staatsregierung unternehmen und alles versuchen, jene alten Verbindungen wieder herzustellen. Wir haben auch das grösste Interesse daran, eine entsprechende Verbindung mit dem deutschen Reich zu haben. Der Referent stellt den Antrag Der Gemeinderat der Stadt Wien ersucht die Regierung mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, dass die Stadt Wien nicht aus dem internationalen Eisenbahndurchzugsverkehr ausgeschaltet werde. Der Beschluss ist durch eine Abordnung des Gemeinderates dem Säktskanzler und dem Staatssekretär für Verkehrswesen zu überreichen.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) meint, dass der Fremdenverkehr in nächster Zeit nicht in Betracht kommen werde. Die Abschliessung Wiens vom

internationalen Verkehr habe aber auch eine politische Bedeutung, die nicht ausser Betracht gelassen werden darf. Er bezeichnet die Herstellung einer Schnellzugsverbindung von Wien nach Regensburg als eine Tollheit und bemängelt es, dass die Verbindung von dort nicht bis Frankfurt am Main und nach Mannheim weiter geführt wird. Er betont auch, dass Wien zwei Dinge nicht aus dem Auge lassen darf, die Propaganda und den internationalen Reiseverkehr.

Referent VB. Emmerling erklärt in seinem Schlußwort, daß er der Anregung des GR. Schwarz-Hiller zufolge dem Gemeinderat wieder Bericht erstatten werde, wenn irgend ein Erfolg sein wird.

GR. Hellmann (Soz. Dem.) berichtet wegen Ueberlassung des Turnsaales der Knabenbürgerschule II., Schwarzingerasse 4 an die ~~genüver~~ behufs Errichtung einer Lebensmittelabgabestelle.

Nach einem Berichte des STR. Speiser werden die Bedinge der nicht in Bezugsklassen stehenden Reaktor der städtischen Gaswerke neu geregelt.

Hiermit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft.